

Regierung Erdoğan nimmt türkische Ärztinnen und Ärzte ins Visier

In der Türkei sehen sich Ärztinnen und Ärzte, die während der Massenproteste in Istanbul und anderen Städten in den vergangenen Wochen Erste Hilfe leisteten, staatlichen Einschüchterungen und Repressionen ausgesetzt. Die Bundesärztekammer hat das Verhalten der türkischen Behörden scharf verurteilt.

von Bülent Erdogan-Griese

In Istanbul, Ankara, Izmir, Antakya, Adana, Eskişehir und weiteren Großstädten in der Türkei ist es in den vergangenen Wochen wiederholt zu Massenprotesten gegen die Politik des konservativen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan gekommen. Symbolträchtiger Ort für den Protest gegen dessen als zunehmend autoritär und religiös aufgeladen empfundenen Regierungsstil war der Taksim-Platz in der Millionenmetropole Istanbul am linken Ufer des Bosphorus.

In die auch gewaltsam ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei gerieten am Istanbuler Taksim-Platz auch Ärztinnen und Ärzte. Sie behandelten Demonstranten, die durch abgefeuerte Tränengas-Geschosse, Pfefferspray oder den Einsatz von Wasserwerfern oder Schlagstöcken verletzt worden waren. Ärztinnen und Ärzte mussten sich, zum Beispiel in den von ihnen eilig eingerichteten Lazaretten, selbst dem als besonders aggressiv beschriebenen und exzessiv eingesetzten Tränengas aussetzen. Beobachter werfen Polizisten vor, mit ihren Tränengaswaffen gezielt auf die Köpfe von Demonstranten geschossen zu haben. Mehrere Menschen erlitten schwere Schädelverletzungen oder verloren ihr Augenlicht. Vom 31. Mai bis 10. Juli zählten örtliche Ärzteverbände und Mediziner landesweit fünf Tote und mehrere tausend Verletzte.

Ärztinnen und Ärzte sahen sich mit Polizeikräften konfrontiert, die in ärztlicher Behandlung befindlichen Demonstranten nachzustellen suchten. Einige Ärzte, die in den provisorischen Ambulanzen Erste Hilfe leisteten, seien festgenommen worden,



Eine Ärztin und ihre Kollegen behandeln einen Verletzten: Bei den Demonstrationen in vielen Städten der Türkei setzte die Polizei massiv Tränengas ein. Foto: picture alliance/abaca

so die Türkische Menschenrechts-Stiftung Türkiye İnsan Hakları Vakfı. Von körperlich misshandelten Ärzten ist die Rede.

Mit beeindruckender Deutlichkeit und großer Courage hat sich der Türkische Ärzteverband TTB, in dem nach eigenen Angaben 80 Prozent aller Ärztinnen und Ärzte organisiert sind, im Juni wiederholt auf die Seite der friedlichen Demonstranten in Istanbul und anderen Städten gestellt und das Recht eines jeden Menschen auf ärztliche Behandlung bekräftigt. Sie werfen der türkischen Regierung vor, die Behandlung von Menschen, die lediglich von ihrem Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit Gebrauch machten, zu kriminalisieren. So habe die Regierung „verwaltungstechnische Untersuchungen“ über die Rolle der Ärzte angekündigt, die den Demonstranten ärztliche Hilfe leisteten. In einer Erklärung, deren Text auch in englischer Sprache auf der Homepage des TTB (www.ttb.org.tr) veröffentlicht wurde, heißt es, türkische Ärztinnen und Ärzte setzten sich seit Jahrtausenden für ihre Patienten ein. In dieser Zeit seien echte und unechte „Führer, Könige, Sultane und Herrscher“ an die Macht gekommen – und wieder verschwunden. Geblieben sei über die Jahrtausende indes die Ärzteschaft. Auch dieses Mal werde dies wieder so sein.

Montgomery: Ärztliche Neutralität achten und gewährleisten

Die internationale Ärztegemeinschaft zeigte sich in den vergangenen Wochen solidarisch mit ihren türkischen Kolleginnen und Kollegen. So wandte sich der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Frank Ulrich Montgomery, in einem Brief an Regierungschef Erdoğan, der von 1994 bis 1998 Ober-

bürgermeister von Istanbul war, und forderte ihn auf, die ärztliche Neutralität zu achten und zu gewährleisten. „Insbesondere das Vorgehen der Polizeikräfte, verletzten Demonstranten den Zugang zu medizinischer Versorgung vorzuenthalten oder medizinisches Personal, das verletzten Demonstranten zu Hilfe kommt, festzunehmen, ist aus Sicht der Bundesärztekammer völlig inakzeptabel“, machte Montgomery im Juni die Haltung der deutschen Ärzteschaft deutlich. Auch die Britische Ärztekammer und der Hartmannbund verurteilten die Kriminalisierung ärztlicher Hilfe für die Demonstranten deutlich. Nur fünf Prozent der Verletzten, empört sich die Vereinigung der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), hätten medizinische Hilfe in den Krankenhäusern gesucht. „Ärzte brauchen keine Erlaubnis um medizinische Hilfe zu leisten. Nicht die freiwilligen Kollegen, sondern das türkische Gesundheitsministerium muss sich verantworten, da es vor Ort keine ausreichende Hilfe bereitgestellt hat“, sagte IPPNW-Arzt Alper Öktem.

Unterdessen geht die Auseinandersetzung zwischen Ärzteschaft und Regierung weiter: Anfang Juli wurde der Generalsekretär des Istanbuler TTB-Büros, Dr. Ali Çerkezoğlu, mit anderen Mitgliedern eines Solidaritätskomitees auf dem Weg zum Taksim-Platz festgenommen und mehrere Tage inhaftiert. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen laut TTB die Bildung einer kriminellen Vereinigung vor. Bundesärztekammer, Weltärztebund, das Ständige Komitee Europäischer Ärzte (CPME) und die Ärzte für Menschenrechte (Physicians for Human Rights) haben die Verhaftung Çerkezoğlus in einem Schreiben an Ministerpräsident Erdoğan scharf verurteilt.